

in der „Ankoppelungszeit“ der Militärregierungen noch die gegenteilige, weitverbreitete Idee, daß man sich vom Norden abkoppeln müßte um eigene Entwicklungschancen besser zu nutzen, so bleiben heute vielen Wissenschaftlern diese Gedanken in den Ganglien stecken. Es wird auffällig, daß eine Art Abkopplung ja bereits im Gange ist, nur umgekehrt, vom Norden betrieben, wo selbstzentriertes Denken und Handeln immer mehr durchzuschlagen und an Boden zu gewinnen scheinen.

Und ist es nicht wirklich so, daß im Norden nun des öfteren bereits angenommen wird, daß nach 500 Jahren Abschöpfung und Ressourcenabbau die Dritte Welt nicht mehr gebraucht wird und auf Distanz gegangen werden kann? Sicherlich ein Irrglaube, aber einer, der beginnt, konkrete Auswirkungen auf das Nord-Süd-Gefüge zu erlangen.

Bedeutet das also das Aus und Ende für Lateinamerikas Wissenschaft?

An der Zeitenwende zum 3. Jahrtausend sei es uns erlaubt, doch noch mit unverbesserlichem „optimismo latino“ einen noch nicht oder nur sehr schwach sichtbaren Silberstreif am Horizont zu erahnen. Der Reflex jener „umgekehrten Abkopplung“ beginnt, wie es scheint, in Lateinamerika unter einer qualifizierten Minderheit von Wissenschaftlern einen Umschwung im „Abhängigkeitsdenken“ einzuleiten.

Diese Hoffnung kommt aber nicht allein aus einem Glauben an die Zukunft, sondern kann auch aus der Vergangenheit begründet werden: immer wenn sich der Norden mit sich selbst beschäftigte, wie das etwa in den großen Wirtschaftsdepressionen und Politikkonflikten unseres Jahrhunderts der Fall war, kam in Lateinamerika verstärkt Eigeninitiative auf. Die Wirtschaften wuchsen, vielleicht nicht immer allzu schnell, aber immerhin auf eigenem Mist, wenn dieser geschickt als Dünger Verwendung fand. Um nur kurz ein Beispiel aus der Wirtschaft zu nennen: aus dem Niedergang der brasilianischen Kaffeepflanzungen erwuchs in den 30ern, im Zusammenspiel mit dem „Abkopplungseffekt“ der Weltwirtschaftskrise, eine eigenständige Leicht- und Halbschwerindustrie, ein Prozeß, der in der Folge auch politische Umwälzungen — populistischer Natur — mit sich brachte, die sich auch positiv auf den Wissenschaftsbetrieb auswirkten. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg gelang es dem Auslandskapital wieder das Heft fester in die Hand zu nehmen und das Land in eine bis dato dauernde moderne Form der Schuldknechtschaft zu stürzen. Sicher könnten dazu auch die entsprechenden Beispiele aus der den Selbstaufschwung begleitenden Wissenschaftsentwicklung — einem in Lateinamerika sehr wenig erforschten Bereich — gefunden werden.

Zeigt also diese „Abkopplung“, der der gesamte Sub-Kontinent und die Dritte Welt allgemein heute gegenüberstehen, einen Ausweg? Kann der genannte Irrglaube — vielleicht auf Umwegen — zu richtigem Denken und Handeln führen? Baut er nicht Abhängigkeit ab und zwingt so eine — ungewollte oder zumindest lange Zeit hinausgeschobene — Selbstbesinnung herbei? Und käme das nicht auch gleichzeitig dem Aufkommen eines neuen Paradigmas in den Wissenschaften entgegen, in dem die Selbstorganisation von Systemen zum zentralen Theoriebegriff wird? Nicht nur wäre es zu wünschen, sondern auch überlebensnotwendig.

Was in der Außenbeziehung Lateinamerika-Norden gilt, ist auch nach innen hin gültig. Die Abhängigkeit der Zivilgesellschaft vom dekadenten Staatswesen ist ja auch im Begriff, mehr oder weniger „unfreiwillig“ zu zerbrechen. Die Eliten haben sich

so weit von der Basis abgehoben, daß sie, so scheint es, den Anschluß an die Realität der Menschen zu verlieren beginnen.

Dieser Zerfallsprozeß reflektiert sich im Wissenschaftsbetrieb und hier vor allem an den staatlichen Universitäten, die im Prinzip die Makrostruktur eines hochzentralisierten Staatsapparates im kleinen reproduzieren.

In jedem Fall steht aber für beide Seiten ein schmerzlicher Prozeß bevor. Für die Eliten (auch die akademischen), weil sie an Machtboden verlieren und Privilegien abgeben müssen. Für das Fußvolk — und dazu gehört heutzutage auch der überwiegende Teil der lateinamerikanischen Wissenschaftler —, weil es mühevoll lernen muß, auf eigenen Füßen zu stehen.

So ist Lateinamerika, vielleicht sogar früher als entwickeltere Weltgegenden am Ende eines Zyklus des fremd- und hausgemachten Paternalismus — zu dessen Erhaltung es auch lange Zeit erfolgreich beitrug, auch im Wissenschaftsbetrieb —, angelangt. Jetzt fehlt nur noch das Know-how, um mit dieser aufkommenden neuen Art von Freiheit etwas Vernünftiges anzufangen.

ANMERKUNG

- ¹ CEPAL — Centro de estudios económicos para América latina, mit Sitz in Santiago, Chile.
CEBRAPE — Centro brasileiro para o planejamento económico, mit Sitz in São Paulo.

Gottfried Stockinger, Goldschlagstraße 79/35, A-1150 Wien

José M. Magone

POLITISCHE KULTUR IN DER EUROPÄISCHEN SEMI-PERIPHERIE: DER FALL PORTUGAL (1910 — 1990)

Abstract

The author tries to delineate the development of the Portuguese political culture since the Republican Revolution from 1910. Differentiating between (political) culture and political-systemic culture and integrating his concept of political culture in the world-systems approach of Immanuel Wallerstein he comes to the conclusion, that the semiperipheral status of Portugal in the modern world-economy system combined with the inability of the political elite to build-up a democratic political-systemic culture prevented a development towards democracy and participation among the Portuguese population until today. This could be a danger for the further development of the contemporary Portuguese political system, which hasn't until now overcome many of the structural problems to create a more democratic society.

1. Einleitung

Vor zwanzig Jahren entwarf der portugiesische Historiker Vitorino Magalhaes Godinho ein Projekt des „prospektiven Sozialismus“ für Portugal, dessen Hauptthese war, daß Portugal nur jenen Entwicklungsstand Westeuropas erreichen könne, wenn das Land in eine menschenwürdige partizipatorische Demokratie umgewandelt wird (Godinho, 1969).

Fünf Jahre später brach die Nelkenrevolution vom 25. April 1974 aus. Der Versuch, die portugiesische politische Kultur innerhalb kürzester Zeit zu verändern, scheiterte.

In diesem Beitrag wird versucht, die Gründe für das bisherige Scheitern einer Umwandlung der portugiesischen politischen Kultur in Richtung Partizipation und Demokratisierung, wie es in der portugiesischen Verfassung von 1976/1982/1989 verankert ist (Constituicao, 1989, Art. 73, Abs. 2, S. 50), zu ermitteln.

Hier wird die These vertreten, daß die politische Kultur Portugals deshalb nicht verändert werden konnte, einerseits, weil die endogenen bestimmenden Faktoren sich stärker erwiesen haben als die verändernden Gegenkräfte, die sich im Laufe der Revolution herausgebildet hatten, und andererseits, weil die Lage des Landes in der kapitalistischen Semiperipherie nur beschränkte Möglichkeiten zur politisch-kulturellen Umwandlung bot. Vor der eigentlichen Analyse ist es aber notwendig, einige analytische Vorbemerkungen zum Konzept der politischen Kultur und zum Konzept der Semiperipherie zu machen.

2. Einige analytische Vorbemerkungen

2.1. Zum Konzept der Politischen Kultur

Das Konzept der „Politischen Kultur“ wird seit Anfang der 80er Jahre im deutschsprachigen Raum besonders rege diskutiert. Die Pluralität der Ansätze verhindert eine eindeutige von der Forschungsgemeinschaft akzeptierte, allgemeingültige Definition (zur Diskussion siehe Iwand, 1985 und Berg-Schlosser, Schissler, 1987). In der Regel wird politische Kultur je nach der eigentlichen Fragestellung des Forschungsvorhabens definiert und operationalisiert (z.B.: Müller, 1984; Fagen, 1968; Tucker, 1987).

Unter politischer Kultur wird in diesem Beitrag ein sich veränderndes und veränderbares System von politischen Vorstellungen, Einstellungen und Werten verstanden, die durch — unbewußte kulturelle und/oder bewußte politische — Sozialisation von den Mitgliedern einer Großgruppe internalisiert und durch das politische Verhalten dieser Mitglieder wieder externalisiert und neu objektiviert werden (Berger/Luckmann, 1969: 83). Implizit wird hier die Historizität von politischer Kultur angesprochen.

Deswegen ist es notwendig, zwischen (politischer) Kultur und *politisch-systemischer Kultur* zu unterscheiden. Als politisch-systemisch abhängig, wird Kultur dann verstanden, wenn sie von einem bestimmten historisch vergänglichen politischen System produziert worden ist und relative Kongruenz und Anpassungsfähigkeit mit dem politischen System aufweist.

Diese politisch-systemische Abhängigkeit kann vor allem durch eine bewußte politische Sozialisation der Mitglieder des politischen Systems erreicht werden.

Durch durchgesetzte Politik der politischen Elite und die Einflußnahme gesellschaftlicher Bewegungen wird das Überleben des politischen Systems gewährleistet. Die durchgesetzte Politik verändert ihrerseits die Alltagswelt, die Selektion der kulturellen Sozialisation und die Zielsetzungen der politisch-systemischen Sozialisation. Die politisch-systemische Kultur definiert sich in der Gegenwart durch die selektive Übernahme vergangener Kulturmuster und Schaffung neuer Kulturmuster zur Bewältigung zukünftiger Herausforderungen.

(Politische) Kultur beinhaltet Vorstellungen, Einstellungen und Werte, die im Gegensatz oder in Kongruenz zu denen stehen, die vom eigentlichen politischen System erforderlich sind. Die ursprüngliche (politische) Kultur, aus der teilweise das neue politische System hervorgegangen ist, ist noch nicht von einer bewußten politischen Sozialisation in Richtung Kongruenz mit dem politischen System kanalisiert worden (Seitter, 1985).

2.2. Politische Kultur in der kapitalistischen Semiperipherie

Im Falle der politischen Kultur Portugals ist es notwendig, das analytische Rahmenwerk um ein zweites Konzept zu erweitern, das für die adäquate Behandlung unserer eingangs formulierten Fragestellung wesentlich ist.

Hier ist die Rede vom Konzept der kapitalistischen „Semiperipherie“, das erstmals von Immanuel Wallerstein eingeführt worden ist (Wallerstein, 1974: 168 — 220). Nach Wallerstein muß man von einem den ganzen Erdball erfassenden kapitalistischen Weltwirtschaftssystem ausgehen, wenn man die Zusammenhänge der nationalen Wirtschaften untereinander und ihre jeweiligen nationalen politisch-systemischen Kulturen richtig verstehen und analysieren will.

Drei Prozesse — alle drei sind von Europa ausgegangen — haben zur Herausbildung des heutigen Weltwirtschaftssystems geführt:

(1) Die *Umwandlung* eines feudalen Systems in ein kapitalistisches System (Ausgang des Mittelalters bis heute);

(2) Die *Einbeziehung* von nichtkapitalistischen Systemen in das kapitalistische Weltwirtschaftssystem (extensive kapitalistische Expansion) und

(3) Die *Proletarisierung* der Arbeit und die *Kommerzialisierung* des Landes in den bereits in das kapitalistische Weltwirtschaftssystem einbezogenen Gebieten (intensive kapitalistische Expansion) (Wallerstein, 1980b: 140 — 145).

Durch die Dynamik dieser drei Prozesse entstand ein räumliches System innerhalb des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems, das aus Kern-, Semiperipherie- und Peripherie-Ländern (beziehungsweise Regionen) besteht. Die eigentliche Dynamik geht von den Kernländern aus, die die drei Prozesse weitertreiben und die Herausbildung von semiperipheren und peripheren Ländern ermöglichen.

Der Hauptkonflikt besteht zwischen den Kern-Ländern und der zu diesen Ländern stehenden Peripherie. Daher liegt die Hauptaufgabe der Semiperipherie in der Entschärfung dieser Konflikte zwischen den Kernländern und der Peripherie. „The Semiperiphery is needed to make the capitalist world-economy ran smoothly“ (Wallerstein, 1980a: 21).

Daraus wird ersichtlich, daß zur Bestimmung und adäquaten Erfassung der politisch-systemischen Kultur eines Landes die räumliche Dimension des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems einbezogen werden muß. Die politisch-systemische Kultur hat verschiedene Charakteristiken, je nach dem ob sie in den Kern-, Semiperipherie- oder Peripherie-Ländern zu verorten ist. Als Beispiel einer semiperipheren politisch-systemischen Kultur kann Portugal angesehen werden.

3. Politische Kultur in der kapitalistischen Semiperipherie: der Fall Portugal

3.1. Der Abstieg Portugals zur Semiperipherie (16. Jahrhundert — 1910)

Man kann den Niedergang Portugals zu einem semiperipheren Land im Laufe des 16. Jahrhunderts ansetzen. Die Expansion des portugiesischen Reiches hatte zu einer Strapazierung der kaum vorhandenen portugiesischen Ressourcen bei der Aufrechterhaltung des vor kurzem entstandenen Kolonialreiches geführt.

Das Königreich begnügte sich mit den Aufgaben eines Zwischenhändlers zwischen dem entstehenden Zentrum des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems (Niederlanden) und den neu errungenen Kolonien, der gerade entstehenden Peripherie.

Die Gründe dafür liegen in einem kaum vorhandenen Bürgertum, das zum Großteil von der jüdischen Minderheit in Portugal gestellt worden war.

Im Laufe des 15. und 16. Jahrhunderts wurde diese jüdische Minderheit, die zum Teil zum Christentum übergetreten war (Neue Christen), von der Inquisition vertrieben.

Die portugiesische politische Kultur war im 19. Jahrhundert, insbesondere nach Ausrufung einer konstitutionellen Monarchie im Jahre 1822, durch Instabilität, politische Gewalt, Analphabetismus, geringe Industrialisierung, kaum vorhandene Arbeiterbewegung und wirtschaftliche, politische und kulturelle Abhängigkeit gekennzeichnet.

Als die Republik in der Revolution vom 5. Oktober 1910 ausgerufen wurde, setzte man große Hoffnungen, daß sie eine Veränderung dieser pathologischen Erscheinungen herbeiführen würde.

3.2. Die Erste Republik (1910 — 1926): Die „urbane Demokratie“

Aber auch der Republik gelang es nicht, die strukturellen Hindernisse zur Schaffung einer demokratisch-partizipatorischen, politisch-systemischen Kultur zu überwinden.

Einige Strukturelemente, die die Umwandlung des republikanischen politischen Systems in eine demokratisch-partizipatorische Demokratie verhindert haben, sollen hier aufgezählt werden:

a) *Dominanz der städtischen Bevölkerung:* Das politische Leben der Ersten Republik spielte sich zum Großteil in den zwei Großstädten des Landes, Lissabon und Oporto, ab. Aber etwa 80% der Bevölkerung lebte auf dem Land und konnte nicht die nötigen Bedingungen der verschiedenen Wahlrechtsgesetze (vor allem den Nachweis Nichtanalphabet zu sein), die im Laufe der Zeit erlassen worden waren, erfüllen.

b) *Die Ausdauer des Caciquismo:* Diese Form der sozialen Kontrolle tritt in Übergangssituationen auf, wenn eine traditionelle Gesellschaft sich in sozialer Auflösung befindet und sich zwischen der Zentralmacht der Hauptstadt und der vorwiegend analphabeten (1911: 75.1%, 1930: 67.8%) politisch unmündigen, ländlichen Bevölkerung ein Vakuum ergibt (Vidigal, 1988: 25; Wheeler, 1978: 62 — 63, 156 — 171). Dieser ländliche Caciquismo, der den Teil des monarchischen politischen Systems repräsentierte, leistete Widerstand gegen die „urbane“ Demokratie. Die Folge war, daß in der Ersten Republik die *Polarisierung zwischen Stadt und Land* im Vergleich zur Monarchie eine Verschärfung erfuhr.

c) *Polarisierung des ideologischen Spektrums:* Ein permanentes Strukturelement der politischen Kultur der Ersten Republik war die Polarisierung der zwei Lager der politischen Elite: die Monarchisten und die Republikaner. Im Laufe der Geschichte der Ersten Republik wandelte sich das monarchistische Lager in ein rechtskonservatives Lager um. Die Polarisierung führte zu politischer Gewalt, Instabilität und gewaltsamen Versuchen zur Beseitigung des politischen Systems.

d) *Eine schwache Arbeiterbewegung:* Die Einheit einer selbstbewußten Arbeiterbewegung war in der Ersten Republik aus zwei Gründen nicht gegeben: 1. die portugiesische Wirtschaft war intersektorell nicht *artikulierte* (verschiedene Subökonomien mit verschiedenen Rationalitäten koexistierten nebeneinander) und 2. die *raumzeitliche*

Bimensionalität der Großfabrik (Zeit: synchronische Arbeitszeit in der Fabrik und Raum: Sammlung von einer großen Anzahl von Arbeitern in der Großfabrik) hatte angesichts der damaligen Rückständigkeit des Landes sich nicht herausbilden können und die Entstehung einer selbstbewußten Arbeiterbewegung verhindert (Medeiros, 1982: 417 — 419).

e) *Personalismus in der Politik:* Die politische Elite des Landes rekrutierte sich vorwiegend aus den oberen Mittelschichten und war durch *personalistische Tendenzen* gekennzeichnet. In erster Linie standen die Beziehungen zwischen den einzelnen Politikern im Vordergrund parlamentarischer Auseinandersetzungen, und zwar aufgrund persönlicher Motive. Putschversuche, Diktaturen, politische Gewalt und andere pathologische Erscheinungen haben den Boden für die Rechtfertigung des salazaristischen Faschismus vorbereitet (Wheeler, 1978: 156).

f) *Klientelismus und Patronage in der Verwaltung:* Das Parteiensystem wurde von einer einzigen Partei dominiert. Die *Republikanische Partei* (Partido Republicano Português — PRP) kontrollierte die Wählerschaft durch eine landesweite klientelistische Politik, die vorwiegend den unteren Mittelschichten in den Städten zugute kam. Die staatliche Bürokratie, die in den Großstädten Lissabon und Oporto konzentriert war, wurde zum Großteil aus diesen unteren Mittelschichten rekrutiert (Wheeler, 1978: 160 — 161).

g) *Verweigerung des allgemeinen Wahlrechts durch die politische Elite:* Die Wählerschaft blieb noch kleiner als unter der Monarchie, da nur diejenigen wählen durften, die auch lesen und schreiben konnten. Die alphabetisierten Teile der Bevölkerung waren aber in den Städten konzentriert. Im Jahre 1913 waren nur 400.000 bei einer Bevölkerung von 6 Millionen wahlberechtigt, und im Jahre 1925 574.260 (Marques, 1980: 77 — 80).

Zur Konstruktion und Genese einer neuen politisch-systemischen Kultur wäre es notwendig gewesen, diese Strukturelemente zu überwinden. In Wirklichkeit aber entfremdete die republikanische politische Elite allmählich alle Schichten (z.B. Antiklerikalismus in den ländlichen Regionen, repressive Politik gegen die Industrie-Arbeiterschaft und die Landarbeiterschaft), die bereit gewesen wären eine Veränderung der politischen Kultur in Richtung Demokratisierung und Partizipation zu unterstützen.

Der Versuch, der republikanischen Elite durch eine ehrgeizige Bildungspolitik die politisch-systemische Kultur des Landes zu verändern, scheiterte zunächst an ihrer Unentschlossenheit und Zerstrittenheit, am politischen Klima und an den sehr instabilen politischen Verhältnissen des Landes, aber auch am Caciquismo, Klientelismus und am aufkommenden Widerstand der konservativen Subkultur.

3.3. Der portugiesische Faschismus: Politische Kultur in einer „parochialen“ Gesellschaft (1933 — 1974)

Am 28. Mai 1926 putschten die Militärs erfolgreich gegen die Republik und im Laufe von sechs Jahren konnte António de Oliveira Salazar seinen „Neuen Staat“ (Estado Novo) aufbauen.

Salazars Konzeption einer funktionierenden politisch-systemischen Kultur war eine regressive, rückwärtsorientierte Suche nach einer statischen ländlichen Idylle,

die in der Politik keinen Platz haben sollte. Hier sollen einige Merkmale seiner Konzeption kurz ausgeführt werden:

a) *Die paternalistische Familie*: Er idealisierte dieses Modell und orientierte sich daran beim Aufbau seines korporativistischen Systems. Die paternalistische Familie war sehr stark auf dem Lande vertreten. Durch die Übernahme dieses Modells konnte Salazar seine „politisch-systemische“ Kultur, die auf „Ruhe“ und „Ordnung“ aufgebaut war, aufrechterhalten. Deswegen weitete die politische Sprache des Salazarismo den gewählten Begriff der Familie auf das ganze portugiesische Volk aus. Politische Begriffe wurden auf Verwandtschaftsbeziehungen reduziert und nach diesem Modell einer großen Familie sollte es auch gar keine Konflikte mehr geben (Scotti-Rosin, 1982: 259, 265).

b) *Anti-Liberalismus*: Seine Staatskonzeption war vor allem gegen den „liberalen Individualismus“ der Ersten Republik ausgerichtet, der die Menschen aus ihren sozialen Zusammenhängen herausriß (Kay, 1971: 48 — 49, 67).

c) *Korporatismus*: Paternalismus und Anti-Liberalismus bestimmten auch die soziale und politische Organisation des salazaristischen Staates. Der Korporatismus wurde im Laufe der Diktatur stetig ausgebaut, obwohl es Salazar nicht gelang, eine vollständige Erfassung der Gesellschaft zu bewerkstelligen. Salazar ging es in erster Linie nur um die Kontrolle jener Schichten der Bevölkerung (Land- und Industriearbeiterschaft), die eine Gefahr für die Diktatur sein könnten. Wir haben es hier mit einem autoritären Staat zu tun, der nicht die Bevölkerung *politisch mobilisieren*, sondern *demobilisieren will*. In einem vorwiegend agrarischen Land mit einer hohen Analphabetenquote war es sehr leicht, mit relativem geringem Aufwand die Gesellschaft zu kontrollieren (Lucena, 1976, Bd. I: 248, 258 — 259; Cutileiro, 1971).

d) *Asymmetrische „Sozialpartnerschaft“*: Im Korporatismus wurden bestimmte Schichten wie Unternehmer und Großgrundbesitzer bevorzugt und andere, wie die Arbeiterschaft, die Bauern und Fischer benachteiligt (Wiarda, 1979: 95; Makler, 1979: 127). Diese Bevorzugung bestimmter Schichten wurde durch ihre Präsenz in den vertikalen Syndikaten (eine typische korporatistische Einrichtung) noch verstärkt (Makler, 1979: 148).

Dieses aufoktroierte Modell sollte bis zum Ende der Diktatur im April 1974 aufrechterhalten bleiben, da Salazar bis in die sechziger Jahre hinein keine allzu großen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Veränderungen der portugiesischen Gesellschaft zuließ.

Im Laufe der sechziger und siebziger Jahre konnte sich der „Faschismus ohne faschistische Bewegung“ (Lucena, 1976, Bd. I: 23) nur auf tönernen Füßen halten. Trotz eines repressiven Staatssicherheitsapparates hat sich allmählich eine linksorientierte oppositionelle Bewegung am Ende der sechziger Jahre durchsetzen können. Der Großteil der Bevölkerung blieb zwar entpolitisiert, aber in den Städten, angesichts einer forcierten Industrialisierungspolitik, ist der Ruf nach einer Demokratisierung der Gesellschaft lauter geworden.

Zu dieser Legitimationskrise in Portugal trugen vorwiegend die Kolonialkriege in Angola, Mozambik und Guinea-Bissau bei. Dieser Dreifronten-Krieg hatte zu einer Strapazierung des Budgets und der menschlichen Ressourcen Portugals geführt. Viele Soldaten und Offiziere mittleren Ranges kehrten nach ihrer Dienstzeit in das Mutterland politisiert zurück und trugen auf ihre Weise zur Delegitimation des

politischen Systems bei. Für sie war es klar, daß die Kolonialkriege nicht mehr militärisch zu gewinnen waren; sie bedurften einer politischen Lösung (Spinola, 1974; 228; Eisfeld: 1982).

Das Regime in seiner Endphase war „ein wenig mehr als sein Krieg“ gewesen. „Es befand sich (den Kriegen gegenüber) in einer totalen Pattsituation; es war außerstande den Krieg für sich zu entscheiden oder gar zu verlieren“ (Santos, 1984: 16).

Am 25. April 1974 fiel das salazaristische Regime wie ein Kartenhaus zusammen. Das politische System Salazars war auf Nicht-Veränderung und Bewahrung der portugiesischen Kultur gegenüber den Stürmen der Moderne bedacht gewesen. Die Veränderung der Situation in den Kolonien hatte einen spill-over-Effekt auf das Mutterland eingeleitet, der sich in Mobilität, Industrialisierung und Entstehung einer politisierten und radikalisierten Opposition äußerte.

3.4. Die „Nelkenrevolution“: Der Versuch einer Umwandlung der politischen Kultur (25. April 1974 — 25. November 1975)

Der Ausbruch einer Revolution ist letztendlich das Resultat einer langandauernden Krise eines politischen Regimes, das nicht mehr in der Lage ist, ein Rahmenwerk für die gesellschaftliche Dynamik zu sein.¹

Der Ausbruch einer Revolution ist zugleich die Zerstörung einer politisch-systemischen Kultur und die Suche nach einem adäquaten politischen System, das in der Lage wäre, ein Rahmenwerk abzugeben, für die Schaffung einer dem Weltwirtschaftssystem adäquaten politisch-systemischen Kultur. Im Verlauf dieses Prozesses können aber auch Gegen-Modelle zum allgemein vorherrschenden universalen Weltwirtschaftssystem auftauchen, die eher die Abkopplung vom als die Integration in das Weltwirtschaftssystem erreichen wollen. Eine Revolution birgt in sich das Chaos aus dem das entsprechende neue politische System, und später auch die neue politisch-systemische Kultur, entstehen wird.

3.4.1. Die Modelle der politischen Elite und die Basisbewegungen

Am 25. April 1974 putschte die Bewegung der Streitkräfte (Movimento das Forças Armadas-MFA) erfolgreich gegen das Regime. Wenige Stunden nach dem Putsch konnte man bereits von einer Revolution sprechen, denn die Bevölkerung unterstützte die MFA. Ursprünglich hatte man nur eine Liste von Forderungen, wie die neue politische Ordnung aussehen sollte, aber die Dynamik der Ereignisse hat diese Offiziere mittleren Ranges in Richtung Sozialismus politisiert (Eisfeld, 1982; Aniceto, Costa, 1985; Carvalho, 1984).

Erst allmählich tasteten sich diese Offiziere der MFA zu einem Projekt vor, das als „Allianz Volk-MFA“ bekannt geworden ist, und die portugiesische Gesellschaft in eine politisierte Gesellschaft umwandeln sollte. Der Oberste Revolutionsrat verabschiedete am 21. Juni 1975 einen „Politischen Aktionsplan“ (PAP), der als Endziel der portugiesischen Revolution die Errichtung einer klassenlosen, sozialistischen Gesellschaft vorsah. Sie sollte „durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel erlangt“

werden, „in der alle Formen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft und allen Menschen ohne Ansehen von Geburt, Geschlecht, Religion und Ideologie gleiche Möglichkeiten in Bildung, Arbeit und Förderungen gegeben wären“ (Schröder, 1976: 111).

Dieses Programm, das noch als Kompromiß zwischen den verschiedenen Fraktionen der MFA — den Linksozialisten (Otelo Saraiva de Carvalho), den Terceiro-mundistas (Melo Antunes, Vítor Alves) und den Kommunisten (Vasco Gonçalves) — angesehen werden darf, wurde am 8. Juli 1975 durch den Entwurf des „Leitfadens der Allianz Volk-MFA“ zugunsten des kommunistischen Modells einer ostblockartigen „Räterepublik“ angenommen (Schröder, 1976: 191 — 200).

Während im PAP noch von einem pluralistischen Sozialismus die Rede war, war der „Leitfaden“ bereits ein Versuch, ein bestimmtes sozialistisches Modell volksdemokratischer Provenienz aufzuktroyieren. Anstatt eines gemeinsamen Modells fiel die MFA auseinander und übrig blieb eine „Doppelohnmacht“, in der weder die staatlichen noch die gesellschaftlichen Kräfte die Oberhand gewinnen konnten (Santos, 1984: 21).

Im Sommer 1975 kämpften die verschiedenen Fraktionen gegeneinander, bis am 5. September 1975 die Fraktion um Melo Antunes-Vasco Lourenço gegen Vasco Gonçalves sich durchsetzen konnte (15 Anos, 1985: 534).

Somit setzte sich eine sozialdemokratisch-terceiro-mundistische Fraktion durch, die nach dem scheinbaren Putschversuch der Kommunisten und/oder Linksozialisten (über die Hintergründe weiß man bis heute noch zu wenig) am 25. November 1975 die Absicht eine sozialistische Revolution in Portugal einzurichten aufgab und den Weg zu einer demokratischen Ordnung bereitete.

Die portugiesische Revolution ist durch die Spontaneität der sozialen Bewegungen entstanden, die durch den Zusammenbruch des alten Regimes auf Mißstände im Wohnbausektor, in den Industriebetrieben und in der Landwirtschaft reagierten. Im Laufe der Revolution aber, versuchten linksozialistische Gruppierungen diese Bewegungen in Richtung auf ihrer Sozialismus-Modelle zu kanalisieren. Dies führte zu einer „Pluralität der Avantgardes“ und zu einem Scheitern der beabsichtigten Revolution.

3.4.2. Revolution und Politische Kultur

Die portugiesische Revolution stellte einen Versuch dar, die politische Kultur Portugals in Richtung mehr Demokratisierung und Partizipation umzuwandeln, die aufgrund der Konkurrenz von mindestens drei Modellen, wie dieses Ziel verwirklicht werden sollte, scheiterte, oder besser gesagt, scheitern mußte.

Die volksdemokratische Konzeption konnte durch ihren Aufoktroyierungscharakter nur zu Widerstand von Seiten der Bevölkerung führen, die nach dem Zusammenbruch des diktatorischen Regimes, nicht eine neuerliche Phase von Entbehrungen und Disziplinierung, jetzt im Sinne eines realsozialistischen Kulturmusters, erleiden wollte.

Die basisdemokratische Konzeption der Linksozialisten (Terceiro-mundistas, Trotzisten, Maoisten usw.), deren Hauptprotagonist Otelo Saraiva de Carvalho war,

blieb auch eine Randerscheinung, die durch ihre Diffusität nur zu einer Konkurrenz der Avantgardes der verschiedenen Gruppen untereinander geführt hat. Für Portugal, ein Land ohne basisdemokratische Traditionen, hätte diese Konzeption nur durch eine sehr starke Disziplinierung, Vereinheitlichung der Vorstellungen über das Modell und, last but not least, ein reiferes politisches Bewußtsein von Seiten der Bevölkerung verwirklicht werden können. Tatsächlich war aber die ganze Bewegung in zahlreiche Gruppierungen zersplittert, die verschiedene Konzeptionen über Basisdemokratie hatten.

Die sozialdemokratische Konzeption blieb als einzige übrig. Sie hatte auch genügend demokratische Legitimation durch die Wahlen vom 25. April 1975 erhalten, aus welchen die Sozialistische Partei mit 37,87% der Stimmen und 116 von 250 Mandaten als Sieger hervorgegangen war. Darunter verstand man die Verwirklichung eines „demokratischen Sozialismus“, zu welchem man glaubte, nur evolutionär gelangen zu können. Soziale Gerechtigkeit und der Zugang aller Bürger zu Bildung und Kultur — jene bereits im Jahre 1969 von Godinho formulierte Forderung — standen am Anfang jenes Katalogs, der zu einer gerechteren und solidarischeren Gesellschaft führen sollte.

Erst eine allmähliche Veränderung der tradierten Mentalität in Richtung Solidarität und gemeinsames Handeln, welche an die Stelle einer Konkurrenzmentalität treten sollte, konnte auch die Gesellschaft verändern. In diesem Kontext wurde der Schule, als sekundärer Sozialisationsagentur, eine sehr wichtige Rolle eingeräumt, denn sie sollte die Schüler für die neue sozialistische Gesellschaft vorbereiten (Declaração de Principios, 1974: 32).

Diese Revolution in der Schule, die Grundlage der sozialistischen kulturellen Revolution, sollte eine soziale Revolution bewirken, die eine allmähliche Überwindung der kapitalistischen Strukturen erbringen sollte (ebenda: 39).

Eine immer größere und breitere Partizipation der Bevölkerung auf allen Ebenen der Gesellschaft (in der familiären Sphäre, Arbeit und in den lokalen Institutionen) würde die sozialistische Gesellschaft Wirklichkeit werden lassen (ebenda: 23 — 24).

Die sozialdemokratische Konzeption bot auch noch einen Vorteil. Abgesehen von der Wohlgesinnung des internationalen Weltwirtschaftssystems (Gewährung von Krediten, Verbesserung der Auftragslage für die portugiesische Industrie) war die Bevölkerung der Unsicherheit und der wirtschaftlich katastrophalen Lage der Revolution überdrüssig geworden. Mit der sozialdemokratischen Konzeption war die Entscheidung für die Wiedereingliederung Portugals in das europäische Staatensystem miteinbezogen, eine Entscheidung, die später zum Beitritt Portugals zur Europäischen Gemeinschaft führte.

3.5. Die postrevolutionäre Phase (1975 — 1990): Probleme und Chancen einer neuen demokratischen politisch-systemischen Kultur

Nach der Ausrufung der neuen portugiesischen Verfassung am 2. Mai 1976 war die revolutionäre Phase in Portugal abgeschlossen. Die Verfassung stellte keinen Kompromiß der verschiedenen politischen Gruppierungen dar, sondern sie war Ausdruck jenes Kräfteverhältnisses, das im damaligen Portugal vorherrschte. Die

marxistisch inspirierte Verfassung zielte auf eine Verwirklichung der klassenlosen Gesellschaft und auf den Übergang zu einem Sozialismus, dessen Definition auch in der Verfassung eklektisch blieb (Constituição 1989: 1976, Art. 1, Art. 2, S. 213).

Das neue politische System hat als Aufgabe, diese programmatische Verfassung zu verwirklichen, was nur zu Auseinandersetzungen und Konflikten einer heterogenen politischen Elite führen mußte. Denn nach dem Parlamentswahlen vom 25. April 1976 errang die Linke nie mehr jene Stellung, die sie in den Revolutionsjahren gehabt hatte.

Ab 1979 begannen die rechtsliberalen Sozialdemokraten (Partido Socialdemocrata — PSD) gegen die Verfassung zu polemisieren. Seit der Ausrufung der Verfassung gab es bereits zwei Verfassungsrevisionen (August 1982, und Juni 1989) auf Initiative der Sozialdemokraten, die zu einer Anpassung der Verfassung an die der anderen westeuropäischen Staaten führten und alle marxistisch angehauchten Stellen durch einen gemäßigten Wortlaut ersetzten. Symbolisch blieb die Verfassung ein Konfliktstoff, der zur Polarisierung der politischen Elite beitrug. Angesichts dieser Tatsache, konnte bis heute keine die gesamte politische Elite und die gesamte Bevölkerung übergreifende nicht subkulturell-bedingte, politisch-systemische Kultur entstehen. Einige Merkmale der gegenwärtigen politischen Kultur Portugals sollen kurz aufgezählt werden.

a) *Notwendigkeit des Aufbaus eines demokratischen Schulsystems:* Tatsache ist, daß es Portugal noch nicht gelungen ist, für die gesamte Bevölkerung im schulpflichtigen Alter die neun Jahre Schulpflicht zu verwirklichen. Vor allem Mängel administrativer, finanzieller und schulischer Art verhinderten bisher eine koordinierte globale Bildungspolitik (Tavares, 1986: 89 — 90). Auch die Bildung einer Kommission zur Reform des Bildungssystems im Jänner 1986, die ihren vollständigen Bericht am 21. Juli 1988 der Öffentlichkeit vorstellte, brachte keine Vorschläge zur Beseitigung dieser Nichtkoordinierung der Politik des nationalen Bildungssystems (Documentos Preparatórios, 1988; Diário de Notícias vom 31. Juli 1988: 13 — 15). Außerdem herrscht in der Diskussion über die zukünftige Bildungspolitik Meinungsverschiedenheit zwischen der regierenden PSD und der Opposition (insbesondere den Sozialisten). Die Regierung versucht mit einem Notprogramm bis 1992/93 die krassesten Probleme des portugiesischen Bildungssystems zu beseitigen.

Das „Programm für die Bildungsentwicklung Portugals“ (PRODEP) ist mit etwa 6 Milliarden DM veranschlagt und wird zum großen Teil vom Strukturfond der EG getragen (O Independente, 22. Juli 88: 13). Es ist zu hoffen, daß diese offensive Bildungspolitik zu einem Erfolg führt, denn noch gibt es in Portugal 20,3% Analphabeten, im Landesinneren (Beira-Baixa, Alentejo) zwischen 30% und 40%. Auch der im Jahre 1979 für Erwachsenenbildung gegründete Rat für Alphabetisierung hat keine wesentliche Änderung der Situation herbeiführen können. Er wurde auch im Jahre 1987 aufgelöst (Tavares, 1986: 95; Expresso, 25. Juli 87: 11).

Diese objektiven Strukturen wirken sich auf die subjektiven Einstellungen des jugendlichen Bevölkerungsteils eher negativ aus, angesichts der Tatsache, daß Bildung in Portugal noch immer keine Selbstverständlichkeit geworden ist. Die wichtigste Sozialisationsagentur ist noch immer die Familie, und dies insbesondere bei Jugendlichen, die nur einen mittleren oder niedrigen Sozialisationsgrad in der Schule erreicht haben (Cruz u.a., 1985: 1078). Die Schule scheint eher die Entfrem-

dung der Jugendlichen gegenüber dem politischen System zu verstärken, die angesichts der angespannten Arbeitsmarktsituation von der Schule zu wenig vorbereitet und gefördert wurden (Pinto, Formosinho, 1985: 1046).

Politisch-systemisch-kulturell bedeutet dies, daß man nur langfristig mit einem funktionierenden Schulsystem als Sozialisationsagentur in Portugal rechnen kann. Beim Aufbau des Schulsystems ist man noch mit der Verbesserung der quantitativen Mißstände beschäftigt und erst, wenn sie beseitigt sind, kann man beginnen, qualitativ auf eine partizipatorischere und demokratischere Gesellschaft, in der allen Kindern im schulpflichtigen Alter nach ihrem Schulabschluß gleiche Chancen bei der Wahl ihres Berufes gewährleistet werden, hinzuarbeiten.

b) *Wertewandel in der portugiesischen Gesellschaft:* Trotz dieses mangelhaften politischen Sozialisationssystems befinden sich die Vorstellungen, Einstellungen und Werte der portugiesischen Bevölkerung in einem ungeheuren Wandel, der auf zwei parallel laufende Prozesse in der portugiesischen Gesellschaft zurückzuführen ist. Einerseits können wir in den urbanen Zonen des Küstengebietes die gleichen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Probleme des Strukturwandels antreffen, die in den hochindustrialisierten Gesellschaften Westeuropas auch vorzufinden sind. Andererseits ist im Inneren des Landes eine Wertkrise festzustellen, die als ein Konflikt zwischen archaischer Subsistenz-Rationalität und kapitalistischer Rationalität bezeichnet werden kann. Die Folge ist eine immer größer werdende Kluft zwischen Stadt und Land, in deren soziokulturellen Kontexten sich die zwei verschiedenen aber miteinander verschränkten Wertkrisen manifestieren. Die portugiesische politisch-systemische Kultur ist noch sehr fragmentiert, in der die apathischen über die partizipatorischen Einstellungen zum politischen System überwiegen (Bruneau, 1984: 105 — 144).

c) *Auflösungsprozeß der archaischen ländlichen Strukturen:* Der Auflösungsprozeß bestimmter Dorfstrukturen schreitet rasch fort, ohne daß der ältere Bevölkerungsteil Zeit hätte, sich in menschenwürdiger Art und Weise an den neuen Rhythmus, der von den Städten vorgeschrieben wird, anzupassen.

d) *Probleme in der lokalen Verwaltung:* Eine Veränderung dieser Situation wird nur langfristig zu erwarten sein, denn die Gemeinden haben noch wenige politische Kompetenzen und stehen in finanzieller Abhängigkeit zu den großen regionalen Verwaltungszentren und diese ihrerseits zu Lissabon. In Lissabon und Oporto befanden sich 1979 etwa die Hälfte der 372.086 Beamten. Geographisch gesehen, waren über 80% der Beamten in den Küstenprovinzen konzentriert, die anderen 20% verteilten sich auf die Provinzen des Landesinneren (Administracao, 1987: 40; Graham, 1985).

e) *Verwaltungselite:* Tendenz zur Intoleranz: Auch die Elite des Verwaltungssystems — hier in erster Linie die Generaldirektoren in den einzelnen Ministerien — sind im Vergleich mit anderen europäischen Ländern weniger politisch tolerant, fühlen sich weniger an parteipolitische Programme gebunden und sind gegenüber Konflikten intoleranter. Allerdings sind sie weniger elitär eingestellt (Opello, 1985: 160 — 175).

f) *Das Wachsen des politischen Bewußtseins:* Eine Veränderung dieser politisch-systemischen Kultur könnte nur eine politisch selbstbewußtere Bevölkerung bewirken, wenn sie durch politisches Engagement genug Druck auf die lokale Verwaltung ausüben würde.

g) *Frauen und Politik*: Ein Defizit: Auch nach der Revolution bleibt die Politik eine Domäne der Männer. Frauen gelangen kaum in Spitzenpositionen in der Politik. (Fernandes, Duarte, 1985: 21 — 61). Das hängt in erster Linie mit dem Bild der Frau in der portugiesischen Gesellschaft zusammen, das eine große Kluft zwischen dem Diskurs der (männlichen) politischen Elite und der tatsächlichen Wirklichkeit aufweist.

Die Beziehungen zwischen Mann und Frau haben in den achtziger Jahren einen ungeheuren Wandel durchgemacht. Unter den Jugendlichen ist die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau teilweise eine Realität geworden. In den älteren Bevölkerungsteilen und insbesondere im ländlichen Raum weisen die Beziehungen zwischen Mann und Frau noch immer patriarchalische Wesenszüge auf (Fernandes, Duarte, 1985: 63 — 113). Alarmierend ist die zunehmende Gewalt von Ehemännern gegen Frauen in den unteren Schichten der urbanen Zentren, die zum großen Teil auf die Verschärfung der Arbeitsmarktsituation zurückzuführen ist (Relatorios de Actividade da Comissao Feminina, 1975 — 1987).

Anscheinend gibt es aber Einstellungsänderungen der Männer in den Mittelschichten, die auf eine Veränderung der Situation in Richtung bewußteinsmäßiger Gleichberechtigung von Mann und Frau, in der Zukunft, auch in der Politik, hoffen lassen (Rodrigues, 1983).

Die heutige politische Kultur Portugals befindet sich auf dem Weg zu einer demokratischeren Gesellschaft. Aber noch immer sind strukturelle Hindernisse zu überwinden, um dieses Ziel zu erreichen.

Alles hängt davon ab, ob es der politischen Elite des Landes mit EG-Hilfe gelingt, die notwendigen Sozialisationsstrukturen zur Errichtung einer demokratischeren politisch-systemischen Kultur aufzubauen.

4. Zusammenfassung und Perspektiven: politisch-systemische Kultur in einer semiperipheren Gesellschaft

Portugal durchläuft zur Zeit einen gewaltigen Modernisierungsschub, der vor allem auf die massiven EG-Hilfen zurückzuführen ist. Die portugiesische Gesellschaft ist deshalb in einem starken Wandel begriffen, der sowohl Chancen als auch Gefahren in sich birgt. Die Chancen dieser semiperipheren Gesellschaft, sich in die Kerngesellschaften des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems zu integrieren, sind bis zur Verwirklichung des Binnenmarktes kaum gegeben.

Die in der Verfassung verankerte Verpflichtung, Portugal zu einer demokratischeren und partizipatorischeren Gesellschaft umzuwandeln, scheint mir noch weit entfernt zu sein. Eine qualitativ neue, eigenständige politisch-systemische Kultur ist noch nicht aufgetaucht. Portugal befindet sich in einer Übergangsphase zwischen historisch-strukturellen bedingten Verhaltensweisen und neuen vom Ausland übernommenen Lebensweisen.

Eine Veränderung dieser Situation im Sinne der portugiesischen Verfassung kann nur durch eine gerechtere und bessere staatliche Bildungs- und Sozialpolitik erreicht werden.

Fazit einer achtzigjährigen republikanischen Geschichte Portugals ist die Tendenz der politischen Elite Portugals Modelle aus dem Ausland zu übernehmen (im heutigen

Falle das EG-Modell), ohne eine konkrete koordinierte entwicklungspolitische Strategie (z.B. mit den EG-Geldern) zu entwerfen, die dem Träger der politisch-systemischen Kultur, dem Menschen, und nicht nur der Makroökonomie zugute kommen sollte.

Sollte dennoch dieser Kontext des Modernisierungsschubes weiterhin gefördert und keine Ausgleichsmechanismen entwickelt werden, so könnte Portugal, nach der Verwirklichung des Binnenmarktes, sich als das schwächste Glied der Europäischen Gemeinschaft erweisen.

ANMERKUNG

- ¹ In einem Gespräch mit Prof. Jorge Vala vom Sozialwissenschaftlichen Institut (Instituto de ciências sociais) in Lissabon wurde ich auf die Tatsache aufmerksam gemacht, daß es ergiebiger sei, politische Kulturmuster in Krisenzeiten zu beobachten, da in diesen Situationen viel mehr von der sozialpsychologischen Dimension zu erfassen ist, als in Situationen, in welchen keine Krise in der Gesellschaft zu verzeichnen ist (Gespräch im November 1989).

LITERATURVERZEICHNIS

- Administração, 1987: factos e números. Lisboa, Centro de Informação Científica e Técnica da Reforma Administrativa.
- Aniceto, Henrique, Costa Manuel Braz da, 1985: Subsídio para a Caracterização Sociológica do Movimento dos Capitais (Exército). In: Revista Crítica de Ciências Sociais, 15, 16, 17, S. 97 — 122.
- Berger, Peter / Luckmann, Thomas, 1969: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt a. M., S. Fischer Verlag.
- Bruneau, Thomas C., 1984: Politics and Nationhood. Postrevolutionary Portugal. New York, Philadelphia, Praeger.
- Carvalho, Otelio Saraiva de, 1984: Alvorada em Abril. Torres Vedras, Ulmeiro.
- Constituição da República Portuguesa, 1989: As três versões após o 25 de Abril, 1989, 1982, 1976. Porto, Porto Editora.
- Cruz, Manuel Braga da, 1985: A participação política da juventude em Portugal. In: Análise Social, vol. XXI (87 — 88 — 89), 1067 — 1088.
- Cutileiro, José, 1977: Ricos e Pobres No Alentejo. Uma Sociedade Rural Portuguesa. Lisboa, Sa da Costa.
- Declaração de Princípios, Programa e Estatutos do Partido Socialista, Aprovado no congresso do PS em Dezembro de 1974. (Lisboa: Jornal do Comercio 1975)
- Documentos Preparatórios, 1988 (2): Comissão de Reforma do Sistema Educativo. Lisboa, Gabinete de Estudos e Planeamento do Ministério da Educação.
- Eisfeld, Rainer, 1982: Revolutionäre und Gegenrevolutionäre Bewegungen in Portugal seit 1974: Rolle und Entwicklung der Streitkräfte. In: Politische Vierteljahresschrift, 23, 153 — 177.
- Eisfeld, Rainer, 1984: Sozialistischer Pluralismus in Europa. Ansätze und Scheitern am Beispiel Portugal. Köln, Verlag für Wissenschaft und Politik.
- Fagen, Richard, 1969: The Transformation of Political Culture in Cuba. Stanford, Stanford University Press.
- Faria, Isabel Hub, Grosso, Maria Jose, Lopes, Rosa, 1986: Dez Anos de Auto-Referência: Que Transformação na Orientação Para o Significado da Mulher na Assembleia da República? In: Revista Crítica de Ciências Sociais, 18 — 19 — 20, 213 — 226.

- Fernandes, Margarida Almeida, Duarte, Maria Estrela Palmeiro, 1985: *A Mulher e a Política*. Lisboa, Comissão da Condição Feminina.
- Ferreira, José Medeiros, 1983: *Ensaio Histórico sobre a Revolução do 25 de Abril. O Período Pré-Constitucional*. Lisboa, Imprensa Nacional — Casa da Moeda.
- Figueiredo, Antonio de, 1976: *Portugal: Cinquenta Anos de Ditadura*. Lisboa, publicações Dom Quixote.
- Godinho, Vitorino Magalhaes, 1969: *Socialismo. Caminho para o Desenvolvimento da Península*. In: *Teses e Documentos. II Congresso Republicano de Aveiro*. Lisboa, Seara Nova, 19 — 60.
- Graham, Lawrence S., 1985: *Administração Pública Central e Local: Continuidade e Mudança*. In: *Análise Social*, vol. XXI (87 — 88 — 89), 903 — 924.
- Kay, Hugh, 1971: *Die Zeit steht still in Portugal. Hintergrund eines politischen Systems*. Bergisch-Gladbach, Gustav Lübbe Verlag.
- Lucena, Manuel de, 1976: *A Evolução do Sistema Corporativo Português*. Bd. I: *O Salazarismo*. Lisboa, Perspectivas e Realidades.
- Makler, Harry M., 1979: *The Portuguese Industrial Elite and Its Corporative Relations: A Study of Compartmentalization in an Authoritarian Regime*. In: *Contemporary Portugal*. Lawrence Graham and Harry Makler (Hg.). Austin, London, University of Texas Press, 123 — 165.
- Marques, A. H. Oliveira, 1980 (3): *A Primeira República Portuguesa. Alguns Aspectos Estruturais*. Lisboa, Livros Horizonte.
- Medeiros, Fernando, 1982: *Esquisse d'analyse des tentatives de réalisation d'une culture ouvrière*. In: *Utopie et Socialisme au Portugal au XIXe siècle. Actes du Colloque*. Paris, 10 — 13 Janvier 1979. Paris, Fondation Calouste Gulbenkian.
- Müller, Wolfgang C., 1984: *Politische Kultur und Parteientransformation in Österreich*. In: *Österr. Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 1984, 1, 53 — 76.
- Opello, Walter C., 1985: *Portugal's Political Development. A Comparative Approach*. Boulder and London, Westview Press.
- Pinto, Alves M. C./Formosinho, Julia O., 1985: *Alienação na escola: conceito relevante para a compreensão da socialização escolar*. In: *Análise Social*, vol. XXI (87 — 88 — 89), 1041 — 1051.
- 15 Anos da História Recente de Portugal (1970 — 1985), 1985: *Os Factos, Os Erros. Os Protagonistas. A Análise e Interpretação*. F. A. Gonçalves Ferreira (Kooridinador). Lisboa, 1985.
- Relatórios da Comissão da Condição Feminina, 1975 — 1987.
- Rodrigues, Julieta de Almeida, 1983: *Continuidade e mudança nos papeis das mulheres urbanas portuguesas: emergência de novas estruturas familiares*. In: *Análise Social*, vol. XIX, 909 — 938.
- Santos, Boaventura de Sousa, 1984: *A Crise e a Reconstituição do Estado em Portugal (1974 — 1984)*. In: *Revista Crítica de Ciências Sociais*, 14, 7 — 29.
- Schröder, Günther (Hg.), 1976: *Portugal-Materialien und Dokumente. Lutar-Criar Poder Popular. Gießen*.
- Scotti-Rosin, Michael, 1982: *Die Sprache der Falange und des Salazarismus. Eine vergleichende Untersuchung zur politischen Lexikologie des Spanischen und Portugiesischen*. Frankfurt a.M., Bern, Peter D. Lang.
- Seitter, Walter, 1985: *Menschenfassungen. Studien zur Erkenntnispolitikwissenschaft*. Wien, Boer.
- Spinola, António, 1974 (3): *Portugal e o Futuro*. Lisboa, Editora Arcadia.
- Tavares, Emídio M., 1986: *Educação*. In: *Portugal Contemporâneo. Problemas e Perspectivas*. Manuela Silva (org.). Lisboa, Instituto Nacional de Administração, 81 — 103.
- Tucker, Robert C., 1987: *Political Culture and Leadership in Soviet Russia. From Lenin to Gorbachev*. New York, London, W. W. Norton and Company.

- Vidigal, Luis, 1988: *Cidadania, Caciquismo e Poder. Portugal 1890 — 1916*. Lisboa, Livros Horizonte.
- Wallerstein, Immanuel, 1974: *The Modern World-System. Capitalist Agriculture and the Origins of the European World-Economy in the Sixteenth Century*. New York, London, Academic Press.
- Wallerstein, Immanuel, 1980a: *The Rise and Future Demise of the World-Capitalist System. Concepts for Comparative Analysis*. In: *Derselbe, The Capitalist World Economy. Essays*. Cambridge, Cambridge University Press, 1 — 36.
- Wallerstein, Immanuel, 1980b: *From Feudalism to Capitalism: Transition or Transitions*. In: *Derselbe, The Capitalist World-Economy. Essays*. Cambridge, Cambridge University Press, 138 — 151.
- Wheeler, Douglas L., 1978: *Republican Portugal. A Political History 1910 — 1926*. Madison, Wisconsin, Wisconsin University Press.

*José M. Magone, M.Ph., University of Bristol, Centre for Mediterranean Studies,
12 Priory Road, Bristol, BS8 1TU*

Aspekte des österreichischen Verhältnisses zur Dritten Welt

Martin Frimmel/Helmut Haberl/Alexis Wiederstein, **Katastrophen-Hilfe: Österreichische Kraftwerke in der Dritten Welt**, Edition der ÖH-Wirtschaftsbetriebe, Wien 1991.

Michael Th. Neugebauer, **Österreich und Afrika. Dokumentation und Analyse zur Afrikapolitik Österreichs in den Vereinten Nationen**. Europäische Hochschulschriften, Reihe 31 Politikwissenschaft, Band 170, Peter Lang-Verlag, Frankfurt/Bern/New York/Paris 1991.

Horst F. Mayer/Dieter Winkler, **Als Österreich die Welt entdeckte. Expeditionen und Missionen der Kriegsmarine**, Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei, Wien 1991.

Österreichs Verhältnis zur Dritten Welt ist als Forschungsgebiet noch bei weitem nicht aufgearbeitet, und schon aus diesem Grunde scheint eine ausführliche Rezension von einschlägigen Neuerungen angebracht. Heterogenität ist dabei angesagt. So beschäftigen sich die drei hier referierten Publikationen in sehr unterschiedlicher wissenschaftlicher Qualität und von sehr verschiedenen Standpunkten aus mit sehr verschiedenen Einzelaspekten des Themas. Im einzelnen:

An der Studie „Österreichische Kraftwerke in der Dritten Welt“ von Martin Frimmel, Helmut Haberl und Alexis Wiederstein, einer Publikation des Österreichischen Ökologie-Instituts, ist zunächst einmal die empirische Fundiertheit positiv hervorzuheben — ein umso erfreulicherer Aspekt, als genaue Grundlagenrecherche heutzutage ja nicht mehr zu den Selbstverständlichkeiten wissenschaftlicher Publikationstätigkeit zu zählen scheint. Die Autoren der vorliegenden Studie haben ihre Hausarbeiten jedoch gemacht und durch Auswertung von Fachzeitschriften wie der „Internationalen Wirtschaft“ oder von unternehmensinternen Medien zunächst ein relativ ausführliches Verzeichnis von österreichischen Filmen und Firmenaktivitäten im (Groß-) Kraftwerksbau in Ländern der Dritten Welt erstellt. Dies ist verdienstvoll, auch wenn letztgültige Vollständigkeit angesichts der zersplitterten Quellenlage dabei nicht erzielt werden konnte; so fehlt etwa ein Hinweis auf das derzeit in Bau befindliche „Lesotho Highlands Water Project“, in das die VÖEST involviert ist und das durch Anfragen der Grünen bereits zu parlamentarischen Ehren gelangte.

In der entsprechenden Firmenliste (S. 46 — 57) und den Kurzdarstellungen der betreffenden Unternehmen (S. 138 — 157) sieht der Rezensent den eigentlichen Kern des Buches, ergänzt durch Falldarstellungen österreichischer Engagements in Brasilien, Indonesien, der Türkei, in China und auf den Philippinen. Obwohl der

Ansatzpunkt der Autoren nicht unbedingt eine systematische Einordnung in die neuere heimische Wirtschaftsgeschichte beabsichtigt, lassen sich jedoch diesbezügliche Erkenntnisse durchaus gewinnen. Mehrfach läßt sich beispielsweise das Engagement der österreichischen Firmen im ausländischen Kraftwerksbau bereits bis in die 50er Jahre zurückverfolgen; wir haben es in dieser Branche also mit einem eher frühen Beispiel wirtschaftlicher Internationalisierung zu tun. Eine der Voraussetzungen dafür lag zweifellos in den Erfahrungen, die in den Jahren zuvor (Kaprun als Symbol österreichischen Wiederaufbaus) bei der Errichtung heimischer Kraftwerke gewonnen worden waren und anschließend im Ausland nutzbringend weiterverwertet werden konnten. Als eine zweite Voraussetzung ist jedoch die bei nicht wenigen Unternehmen bereits bestehende (teilweise) Verflechtung mit ausländischem Kapital zu erwähnen. Offenbar wurde erst dadurch dem heimischen Know-how der Zugang zu den erfolgversprechenden Drittwelt-Märkten eröffnet.

Die empirische Zusammenstellung von „Katastrophen-Hilfe“ ist von den Autoren in eine ausführliche ökologische und politische Kritik von Großkraftwerksbauten eingebettet worden. Gewaltsame Umsiedlungsprogramme lokaler Bevölkerungsgruppen, ökologische Unverträglichkeit, einseitige Ausrichtung der Energiewirtschaft auf Bedürfnisse von städtischen Oberschichten etc. werden anhand zahlreicher Beispiele angeführt. In der Tat ist in vielen Staaten der Dritten Welt der wirtschaftliche Aufstieg zum „Schwellenland“ in der politischen Form der Militärdiktatur oder eines autoritären Zivilregimes vor sich gegangen. Die offensichtliche Bedenkenlosigkeit, mit der (nicht nur) heimische Unternehmen in ökonomischen und strategischen Schlüsselbereichen mit Drittwelt-Diktatoren kooperierten, sollte für den Prozeß einer „Vergangenheits- (vielfach sogar Gegenwarts-)bewältigung“ Österreichs ein nicht unwichtiges Reflexionsthema bilden; ganz zu schweigen von der (im Fall Chiles etwa in „Die Presse“) immer wieder vertretenen Ansicht, es hätte ja nur die Militärdiktatur die für den wirtschaftlichen Aufschwung erforderliche Stabilität sichern können ...

Auch hinsichtlich der sensiblen Diskussion über Industrialisierung und Umwelt sind zahlreiche Kontroversen angesprochen. Natürlich betonen die Autoren, sie seien nicht grundsätzlich gegen Kraftwerksbauten eingestellt. Andererseits werden in ihrem Buch jedoch vor allem Negativbeispiele präsentiert, auf die Darstellung offenbar erfolgreicher Staudammprojekte — zu denen nach der kürzlich erschienenen Studie von Günter Meyer und Wulf Schmidt-Wulffen (vgl. Der Hochdamm von Assuan (AHD) — ein fehlgeschlagenes Großprojekt?, in: GW Unterricht 38, 1990, 18 — 23) etwa das ägyptische Assuan zu zählen wäre — wird verzichtet. Zu Recht wird natürlich ein auf ungehemmtem Energiewachstum basierendes Entwicklungsmodell, das weder demokratische Mitsprache der Betroffenen noch ökologische Verträglichkeit sichert und auch die Verteilungsfrage nicht stellt, abgelehnt. Dessen ungeachtet könnten jedoch auch politische Systeme in der Dritten Welt, die alle drei Bedingungen sicherstellen, auf Energie und somit auch auf energieproduzierende Technologien nicht verzichten. Eine stärkere Trennung von Kritik an politischen Rahmenbedingungen und Kritik an der verwendeten Technik wäre somit angebracht, und der Hinweis der Autoren, mehr Hochtechnologie brächte stets auch mehr Kontrolle und somit Entdemokratisierung mit sich, scheint dem Rezensenten hier wie auch schon bei Ivan Illich für die Dritte Welt wenig hilfreich. Freilich: Die Diskussion dazu wird noch lange zu den Dauerbrennern der entwicklungspolitischen Auseinan-

dersetzung zählen, und das vorliegende Buch liefert dazu einen durchaus lesenswerten Beitrag.

Mit einiger Enttäuschung hat der Rezensent demgegenüber das — wiewohl in einem renommierten Verlag erschienene — Büchlein von Michael Th. Neugebauer zur Hand genommen. „Österreich und Afrika“, Teil der politikwissenschaftlichen Dissertation des Autors, behandelt zunächst eigentlich nicht das im Titel angegebene Thema, sondern begnügt sich — wie erst der auf dem Cover nicht aufscheinende Untertitel ausweist — mit einer „Dokumentation und Analyse zur Afrikapolitik Österreichs in den Vereinten Nationen“; auf die verbreitete Unsitte von Autoren und Verlagen, eng begrenzte (und an sich zweifellos legitime und notwendige) Spezialstudien durch irreführende Betitelungen als systematische Grundsatzwerke auszugeben, um derart ihre Absatzchancen zu erhöhen, muß an dieser Stelle erneut kritisch hingewiesen werden. Hinzu kommt, daß sich auch eine „Afrikapolitik“ Österreichs im Bereich der Vereinten Nationen nicht umfassend dargestellt findet; die Studie berücksichtigt vor allem die im Stimmverhalten und den Statements in Generalversammlung und Sicherheitsrat zum Ausdruck kommende Haltung Österreichs zu den Tagesordnungspunkten Namibia, West-Sahara, portugiesische Kolonien, Süd-Rhodesien und Südafrika sowie in einem kurzen Abschnitt die Beteiligung an der sogenannten friedenserhaltenden UN-Operation im Kongo (eine Terminologie, die vom Autor kritiklos übernommen wird). Ausgespart bleiben hingegen weite Bereiche der Entkolonisierungsdebatte (z.B. die Algerien-Frage), Fragen wirtschafts- oder entwicklungspolitischer Natur (Sondergeneralversammlung für Afrika) und überhaupt die Mitarbeit Österreichs in anderen Gremien (z.B. ECOSOC) bzw. in den Spezialorganisationen der UNO (z.B. UNIDO, IAEA).

Seit der Kritik der Vereinigten Staaten am österreichischen Abstimmungsverhalten in den Vereinten Nationen zu Ende der Kreisky-Ära und dem dadurch teilweise mitbeeinflussten Sturz des österreichischen Außenministers Erwin Lanc im Jahr 1984 weiß die interessierte Öffentlichkeit um die potentielle Brisanz der an sich eher trockenen Thematik. Fundierte Analysen des österreichischen Stimmverhaltens im UN-Bereich und ihre Interpretation zählen zweifellos zu den Desideraten der Forschung. Umso bedauerlicher ist, daß Neugebauer die bereits vorhandenen Forschungen auf diesem Gebiet nur zum Teil und auch dann vielfach nur marginal aufgearbeitet hat; dies trifft etwa auf die verschiedenen Veröffentlichungen von Paul Luif zu, deren Berücksichtigung nicht zuletzt in methodisch-statistischer Hinsicht hätte hilfreich sein können, oder auf den Beitrag von Wolfgang Benedek und Christine Ainetter in der vom Rezensenten mitherausgegebenen „Apartheid-Connection“ (Wien 1984), in den — ein in der wissenschaftlichen Literatur seltener Vorgang — Erfahrungen aus der Praxis des Außenministeriums miteingeflossen sind.

Interpretation und Analyse scheint freilich die Stärke des Autors nicht zu sein, er begnügt sich vor allem mit der Dokumentation der einschlägigen Texte. Von den 241 Seiten des Buches sind 65 einem Verzeichnis der thematisch in Frage kommenden Resolutionen sowie einem — eher dürtigen — Literaturverzeichnis gewidmet, weitere 63 Seiten innerhalb des Textteils enthalten weitere Resolutionsverzeichnisse, Auflistungen und gelegentlich seitenlange Zitate, sodaß also schon vom Umfang her mehr als die Hälfte des Buches mit rein bibliographischen Angaben gefüllt ist. Stellt man die Rechnung, daß sich die UN-Resolutionen zu den vom Autor behandelten

politischen Themen ohnehin in den von der UNO selbst zusammengestellten Publikationen finden, die (beispielsweise über den UNO-Informationsdienst in Wien) auch relativ leicht zu erhalten sind, und berücksichtigt man weiters, daß sich die meisten Angaben zwei Mal (nämlich in den Listen im Textteil und im Anhang) finden, so ist der wissenschaftliche Sinn dieser Vorgangsweise nicht leicht erkennbar.

Auch ein einigermaßen kohärentes Interpretationsmuster ist nur schwer aufzufinden. Wird einleitend betont, Österreich sei als „der Staat mit den meisten (Stimm-) Enthaltungen zum Thema Afrika“ anzusprechen (S. 11), so heißt es in den Schlußbetrachtungen, das heimische Stimmverhalten zähle „zu den rigidesten aller Staaten in den Vereinten Nationen“ (S. 177). Wird hier ferner auf „eine relativ progressive Verbalpolitik vor allem in bezug auf Namibia und Südafrika“ innerhalb der westlichen Staatengruppe hingewiesen (S. 178), so dort ein reines Argumentieren „gemäß des Mainstreams“ und das Vorhandensein „mehrheitlich inhaltsentleerte(r) Behauptungen“ (S. 10) konstatiert. Wird die österreichische Außenpolitik zum einen beschuldigt, „in höchstem Maße der Politik der ehemaligen Kolonialmächte bzw. der industrialisierten westlichen Staaten, allem (sic) voran der EG-Staaten und der USA, die ein Interesse an einer neokolonialen Abhängigkeitsstruktur haben“, zu dienen (S. 9), so weist die statistische Auswertung des faktischen Stimmverhaltens Österreichs in den 80er Jahren mit den USA den niedrigsten und mit anderen großen europäischen Staaten den zweitniedrigsten Übereinstimmungsgrad aus (S. 73 — 81)! Zu entscheiden, was nun tatsächlich zutrifft, soll wohl der Präferenz des Lesers überlassen bleiben.

An mehreren Stellen seiner Arbeit kritisiert Michael Th. Neugebauer eine mangelnde Fachkompetenz der mit „einer reinen Verwaltung der anstehenden Probleme“ (was soll damit gemeint sein?) beschäftigten Beamten des Außenministeriums in bezug auf Afrika-Fragen. Dieser Hinweis ist an sich nicht neu und sowohl in entwicklungspolitischen Zusammenhängen als auch im Rahmen der außenamts-internen Diskussion zwischen „Generalisten“ und Vertretern des „Desk-Systems“ schon mehrfach angesprochen worden. Daran einen entscheidenden Einflußfaktor auf die Inhalte heimischer Außenpolitik namhaft machen zu wollen, scheint jedoch weit verfehlt. Die komplizierte Verflechtung zahlreicher Interessen innen-, wirtschafts-, sicherheits- und grundsatzpolitischer Natur, die letztlich zur Fixierung einer außenpolitischen Position führen, kommt im gegenständlichen Buch leider so gut wie überhaupt nicht zur Sprache. Dadurch hätte jedoch sowohl zur inhaltlichen Erklärung bestimmter von Österreich im UN-Bereich eingenommenen Haltungen beigetragen als auch die Nuanciertheit zwischen dieser sowie einschlägigen Stellungnahmen bzw. getroffenen Maßnahmen im Inland verdeutlicht werden können. Eine der wenigen Passagen, in denen der Autor auf wirtschaftliche Hintergründe verweist, zeichnet sich zudem durch grobe Fehlerhaftigkeit aus: „So läßt sich nachweisen, daß ... acht österreichische Banken ... im Rahmen von 19 Krediten insgesamt 959,7 Millionen US-Dollar an Südafrika vergaben.“ (S. 185) Ein Beleg für diesen Nachweis, der angesichts der von den Banken geübten Diskretion in Kreditangelegenheiten mit Recht wissenschaftliches Aufsehen erwarten dürfte, wird vom Autor freilich nicht erbracht. Die von ihm zitierten Publikationen des UN-Centre against Apartheid (die in Wirklichkeit auf Studien des Weltkirchenrates auf Basis der in internationalen Finanzzeitschriften veröffentlichten Neuemissionsanzeigen [tombstones] zurückge-

hen), weisen vielmehr aus, daß sich zwischen 1979 und 1984 acht österreichische Banken und Sparkassen an 19 Krediten im angegebenen Gesamtwert mit Beträgen ungenannter Höhe beteiligten! Das ist nun doch wohl ein entscheidender Unterschied (den zu berücksichtigen — die persönliche Bemerkung sei angebracht — jedem Anti-Apartheid-Aktivisten schon im Grundkurs ans Herz gelegt worden ist).

Zweifellos spricht Neugebauer zu Recht auch so manche mit der Thematik verbundene Problemstellung an, etwa die mangelnde Rezeption außenpolitischer Fragen in der Öffentlichkeit (vgl. dazu — im Buch nicht zitiert — das Handbuch von Kicker/Khol/Neugebauer [Hrsg.], Außenpolitik und Demokratie in Österreich, Salzburg 1983, sowie Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Heft 1984/2). Gerade deshalb wäre eine wissenschaftlich fundierte Darstellung der Frage, ob überhaupt von einer „Afrika-Politik“ Österreichs im internationalen Bereich die Rede sein kann, wie sie inhaltlich ausgerichtet ist und von welchen Faktoren sie beeinflusst wird, so wichtig gewesen. Die vorliegende Veröffentlichung bleibt die Antwort auf diese Frage leider schuldig.

Last, but not least, soll an dieser Stelle auf den von Horst Friedrich Mayer und Dieter Winkler herausgebrachten Band über die „Expeditionen“ der österreichischen Kriegsmarine aufmerksam gemacht werden. Opulent mit zeitgenössischen Fotos ausgestattet, beschäftigt sich der Text u.a. mit Fahrten auf die Nikobaren 1817, der österreichisch-ungarischen Polarexpedition 1872 sowie mit Flottenaufenthalten in Südostasien (chinesischer Boxeraufstand), der Levante und Zentralafrika sowie mit der Staatsreise Seiner Majestät nach Istanbul und zur Eröffnung des Suezkanals. Eine Schiffs- und Reiseliste vervollständigt den Band. Während die graphische Ausstattung mit Bildquellen anerkennend hervorzuheben ist, leistet der Text wenig zur Analyse der gescheiterten österreichischen Kolonialpolitik und der Funktion der Kriegsmarine in ihrem Zusammenhang. Zeit-im-Bild-Standard eben.

Walter Sauer, Fillgradergasse 13/23, A-1060 Wien

AUTORENNOTIZEN

Ricardo FFRENCH-DAVIS,

geb. 1936, Direktor der Studienabteilung der chilenischen Zentralbank. PhD in Ökonomie, Universität von Chicago. Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Vizepräsident der Corporación de Investigaciones Económicas para Latinoamérica (CIEPLAN) in Santiago de Chile bis 1990. Gastprofessuren u.a. an den Universitäten von Oxford, Stockholm und Boston. Buchpublikationen u.a.: *Las relaciones financieras externas. Su efecto en la economía latinoamericana* (Mexiko-Stadt, 1983), *Latin America and the New International Economic Order* (Hrsg., zusammen mit Ernesto Tironi, London, 1985), *Development and External Debt in Latin America. Bases for a New Consensus* (Hrsg., zusammen mit Richard Feinberg, Notre Dame, 1987).

Norbert LECHNER,

geb. 1939, Direktor der Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales (FLACSO) in Santiago de Chile. Doktorat in Politikwissenschaften, Universität Freiburg, BRD. Gastprofessuren u.a. in Buenos Aires (CEDES), Mexiko-Stadt (UNAM-IIS und CIDE), São Paulo (CEBRAP) und Madrid (ICI). Buchpublikationen u.a.: *La crisis del Estado en América Latina* (Caracas, 1977), *Estado y política en América Latina* (Hrsg., Mexiko-Stadt, 1981), *¿Qué es el realismo en política?* (Hrsg., Buenos Aires, 1987), *Cultura política y democratización* (Hrsg., Santiago de Chile, 1987), *Capitalismo, democracia y reformas* (Hrsg., Santiago de Chile, 1991).

José M. MAGONE,

geb. 1962, Doktorand am Institut für Politikwissenschaft (Universität Wien). Praktikant im Europäischen Parlament (1990). Gegenwärtig Visiting Research Fellow am Centre for Mediterranean Studies, University of Bristol (Großbritannien). Zahlreiche Rezensionen zu Spanien, Portugal, Lateinamerika, Afrika, zur Europäischen Gemeinschaft und zu politischen Eliten.

H. C. F. MANSILLA,

geb. 1942 in Buenos Aires (Argentinien); bolivianischer Staatsbürger. Studium der Politikwissenschaft und Philosophie an der Freien Universität Berlin (1962 — 1973). Dipl.-Pol. 1968, Promotion zum Dr. phil. 1973, Habilitation 1976. Forschungsstipendiat der Volkswagen-Stiftung und der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Als freier Schriftsteller in Bolivien tätig. Mehrere Bücher in deutscher und spanischer Sprache, darunter: „Entwicklung als Nachahmung. Vorarbeiten zu einer kritischen Theorie der Modernisierung“, Meisenheim, Hain 1978; „Die Trugbilder der Entwicklung in der Dritten Welt. Elemente einer kritischen Theorie der Modernisierung“, Paderborn etc.,

Schöningh 1986, und mehrere Monographien zum Verhältnis von Politik und Ökologie in Lateinamerika.

Patricio MELLER,
geb. 1939, Exekutivdirektor der Corporación de Investigaciones Económicas para Latinoamérica (CIEPLAN) in Santiago de Chile. PhD in Ökonomie, Universität von Californien, Berkeley. Gastprofessuren u.a. an den Universitäten von Boston und Notre Dame. Buchpublikationen u.a.: *Diverging Paths. A Century of Latin American & Scandinavian Economic Development* (Hrsg., zusammen mit Magnus Blomström, Washington, 1991), *The Latin American Development Debate. Neoliberalism, Neomonetarism, and Adjustment Processes* (Hrsg., Boulder, Colorado, 1991), *Economic adjustment and its distributive impact: Chile in the 1980s* (Paris: OECD, 1991, im Erscheinen).

Andreas SCHEDLER,
geb. 1964, studierte Politikwissenschaft und Psychologie in Wien und Mexiko-Stadt. 1987 Sponson an der Universität Wien. 1988 — 90 post-graduate Studium am Institut für Höhere Studien in Wien. 1991 Promotion. 1991 — 1992 Forschungsaufenthalt in Santiago de Chile. Arbeitsschwerpunkte (mit Regionalspezialisierung Lateinamerika): Demokratisierung, Sozialpolitik, Neokorporatismus.

Gottfried STOCKINGER,
geb. 1952, Soziologe, seit 1977 in der internationalen Kooperation tätig, unter anderem lange Jahre an der Bundesuniversität Pará, Belém, Brasilien als ordentlicher Professor. Er lebt seit kurzem als freischaffender Wissenschaftler in Österreich.

María Herminia TAVARES DE ALMEIDA
Assistenzprofessorin für Politikwissenschaft an der Universität Sao Paulo und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute of Social and Political Studies in Sao Paulo. Mit Bernardo Sorj gemeinsames Buch „Politics and Society in Brazil after 1964“. Verschiedene Artikel über brasilianische Gewerkschaften und Arbeitspolitik während der 70er und 80er Jahre.

INFORMATIONEN FÜR AUTOREN

1. Manuskripte sind zu senden an: Journal für Entwicklungspolitik, Weyrgasse 5, A-1030 Wien.
2. Senden Sie zwei Kopien. Diese werden zwei externen Begutachtern zur Stellungnahme vorgelegt.
3. Der Beitrag darf den Umfang von 30 Seiten (2zeilig) nicht überschreiten. Darin eingeschlossen sind die Titelseite mit Zusammenfassung, Text, Literaturhinweise, Anmerkungen, Tabellen und Schaubilder.
4. Legen Sie eine kurze Zusammenfassung (ca. 100 Worte) und eine Kurzcharakteristik ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit bei.
5. Auf dem Manuskript sollte Ihr Name nicht angegeben sein.
6. Zitierweise: Generell sollte ein Verzeichnis aller ver- und bearbeiteten Literatur am Ende des Beitrages stehen. Im Text selbst geben Sie bitte den Namen, das Jahr und bei wörtlichen Zitaten die jeweilige Seite an.
7. Wenn möglich, schicken Sie Ihren Beitrag zusätzlich auf Diskette, wobei das Manuskript mit Microsoft Word V 5.0 oder einem anderen MS-DOS-compatiblen Programm erfaßt sein sollte.

INFORMATIONS FOR CONTRIBUTORS

1. Submit manuscripts to: Austrian Journal of Development Studies, Weyrgasse 5, A-1030 Vienna, Austria.
2. Submit two copies and retain the original for your files. All papers deemed appropriate for the AJDS are sent out anonymously to readers.
3. A full-length article is seldom longer than 30 manuscript pages, including title page, abstract, text, references, footnotes, tables, and figures. Manuscripts must be typed double-spaced.
4. Include a brief abstract (fewer than 100 words) and a short curriculum vitae (not more than 40 words).
5. Delete all identifying references from your manuscript.
6. Reference Format: In the appendix: List all items alphabetically and, within author, by year of publication. In the text: All source references are to be identified at the appropriate point in the text by the last name of the author, year of publication, and pagination where needed.
7. Manuscripts on diskette will reduce the processing time. Compose with a word processor on a PC/MS-DOS computer using, e.g. Microsoft Word 5.0.

CALL FOR MANUSCRIPTS:

Ökologie und Entwicklung/Ecology and Development

Redaktionsschluß/Deadline: April 15, 1992

Editor: Univ.-Doz. Dr. Otmar Höll

Satz: Ch. Weismayer, A-1080 Wien

Druck: HTU-Wirtschaftsbetriebe Ges.m.b.H., A-1040 Wien